

Eupen, den 01. März 2018

Pressemitteilung

Thema: Ankauf neuer Wahlcomputer

Aufgrund der Aussagen von Frau Ministerin Weykmans in einem Berichtes des BRF vom 23.02.2018 bezüglich der Anschaffung neuer Wahlcomputer für die Gemeindewahlen 2018 in Gesamtkosten von 770 000 Euro, sieht sich die Vivant-Fraktion zu einer Stellungnahme verpflichtet.

Bei dem im Beitrag erwähnten Anbieter handelt es sich um die Firma SmartMatic, welche ein elektronisches Wahlsystem mit Papierbeleg auf speziell dafür hergestellten Computern entwickelt hat. So wird der Stimmzettel eines jeden ausgedruckt und mit einem QR-Code versehen, der wiederum von einer Urne eingescannt wird. Der Papierbeleg an sich wird nicht gezählt.

Da allerdings kein Software frei von Programmierfehlern ist und bei SmartMatic gleich zwei zusätzliche Fehlerquellen auftreten können, nämlich beim Wahlcomputer und an der Urne, können etwaige Abweichungen bzw. Manipulationen nicht ausgeschlossen werden. So sind die Aussagen der Ministerin, dass bei diesen, schon 2014 verwendeten, Computern keine Fehler aufgetreten sind, nicht falsch, allerdings soll dies nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass es auch 2014 zu Unterschieden bei der manuellen und elektronischen Auszählung gekommen ist. Außerdem ist dieses System kaum überprüfbar. Niemand kann mit Sicherheit sagen, dass am Ende auch den Listen und Kandidaten, welche die Bürger gewählt, alle Stimmen korrekt zugerechnet werden.

Darüber hinaus ist die Technik teuer, da die SmartMatic-Computer laut Experten das Dreifache eines herkömmlichen PCs kosten und deren Wartung nur durch den Hersteller selbst vorgenommen werden kann. Diese Kosten schlagen nun mit 770 000 Euro zu Buche. Zudem bindet die DG sich an ein System, welches bereits heute veraltet ist. Auch wird des Öfteren die vorherrschende Intransparenz bei der SmartMatic-Firmenstruktur angeprangert.

Es existieren indes kostengünstigere und sicherere Alternativen zum SmartMatic-Wahlsystem, welche auf herkömmlichen PCs laufen, und die darüber hinaus vollkommen transparent und dadurch weitaus demokratischer sind. So entwickelte der Kryptologe und Experte für Wahlsysteme der UCL, Professor Olivier Pereira, ein System, welches dem Bürger einerseits eine echte Kontrollmöglichkeit bietet und andererseits eine Überprüfung der gesamten Wahl durch jedermann ermöglicht, denn bei diesem System erhält der Wähler einen gedruckten Beleg, welcher eine Art Tracking-Nummer enthält, wie wir sie vom Paketversand kennen. Nach

Fraktion im PDG V.o.G.

seiner Wahl kann sich der Wähler auf eine dafür eingerichteten Webseite einloggen und seine Tracking-Nummer eingeben. Dort sieht er, ob das, was am Zentralrechner des Innenministeriums als seine Wahl registriert wurde, auch tatsächlich dem entspricht, was er am Wahlcomputer gewählt hat. Doch die Kontrollmöglichkeiten gehen noch weiter. So kann jeder ein wenig begabter Bürger sich eine Liste aller Trackingnummern mit der entsprechenden Wahl herunterladen und die Wahl selber nachrechnen. Die komplette Wahl ist also jederzeit von jedem überprüfbar.

Zudem hätte eine Entscheidung zugunsten dieses Wahlsystems eine Einsparung von rund 500.000 € für den Steuerzahler bedeutet - eine Möglichkeit, diesen auf einfachem Wege zu entlasten.

Die Mehrheit sowie die zuständige Ministerin waren indes nicht aufgeschlossen für derartige Alternativen und strafte unsere Anträge zur Vorstellung dieser alternativen Systeme mit ablehnendem Desinteresse. Dabei ist Herr Pereira Professor der Universität Leuven, mit welcher die DG eine aktive Zusammenarbeit (Wifo - Wissenschaft für Ostbelgien) pflegt. Eine Anhörung hätte also auf kurzem Wege organisiert werden können, was vor allem den Bürgerinnen und Bürgern zugutegekommen wäre. Auf die Aussage hin, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft keine andere Wahl gehabt hätte, als die neuen Geräte zu bestellen, entgegnen wir, dass es der DG allerdings frei gestanden hat, dem Zusammenarbeitsabkommen mit dem Föderalstaat und den anderen Gliedstaaten beizutreten oder nicht, denn erst durch ihren Beitritt hat sich DG selbst zum Ankauf dieser Geräte verpflichtet.

Wenn es um die Autonomieerweiterung der DG geht, heißt es immer wieder, das die DG mit den neuen Zuständigkeiten vieles besser machen könne. Wenn sie dann aber tatsächlich die Gelegenheit hat, fehlt der Mut und die Regierung dackelt nur allen anderen hinterher.

Die Vivant-Fraktion kann diesen Beschluss nicht gutheißen und verurteilt die somit entstandenen Kosten von 770 000 Euro für ein System, welches womöglich nur 2018, 2019 und 2024 eingesetzt werden soll, aufs Schärfste. Eine solche Unverantwortlichkeit können und werden wir nicht unterstützen. Angesichts der katastrophalen Organisation der Wahlen von 2014 hätte in unseren Augen alles dafür getan werden müssen, in Zukunft ein solches Desaster zu verhindern. Und dabei liegen einfache Lösungen quasi vor unserer Haustür parat.

Alain Mertes

Vivant-Fraktion im PDG